

ULRICH BRAND

Wie »grün« muss die Linke sein?

ZUR FRAGE DER GERECHTIGKEIT: VERKÜRZUNGEN DER AKTUELLEN KLIMADEBATTE UND HERRSCHENDER NACHHALTIGKEIT

Wie kann künftig in der Welt eine weitaus größere Zahl von Menschen ein würdiges Auskommen haben? Das ist das Schlüsselthema dieses Jahrhunderts. ... So steht die Entwicklung am Scheideweg: Entweder bleibt die Mehrheit der Welt vom Wohlstand ausgeschlossen oder das Wohlstandsmodell wird so umgestaltet, dass alle daran teilnehmen können, ohne den Planeten ungastlich zu machen. Es geht um die Wahl zwischen globaler Apartheid und globaler Demokratie.

Peter Henicke, Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie

Für umweltpolitisch Interessierte und Engagierte ist die Entwicklung des letzten halben Jahres überraschend: Umweltthemen sind wieder breit diskutiert, Klima- und Energiefragen kommen in den Hauptnachrichten und auf den Titelseiten der Zeitungen vor, kaum ein Politiker oder eine Politikerin kann es sich leisten, *nicht* vom globalen Treibhauseffekt zu sprechen und auf dem im Juni 2007 stattfindenden G8-Gipfel in Heiligendamm stehen Klima und Energie auf der Tagesordnung. Das ist deshalb überraschend, weil die Entwicklung nicht neu ist. Die von Menschen verursachte globale Erwärmung ist spätestens seit Mitte der 1990er Jahre und dem Abschluss des Kyoto-Protokolls weithin bekannt, die Ressourcenknappheit gar seit Anfang der 1970er Jahre mit dem berühmten Bericht »Grenzen des Wachstums« an die Intellektuellenvereinigung *Club of Rome*. Nicht so sehr die Fakten sind neu, sondern die gesellschaftliche Aufmerksamkeit.

Offenbar wirkte eine Mischung aus sich zuspitzenden Konstellationen wie eine Art Katalysator: Energiepolitisch sind die potentielle Macht Russlands aufgrund der fossilen Energieträger, der Irakkriegs mit seinen Implikationen für den Ölpreis und die immer noch rasant wachsende Nachfrage Chinas und Indiens wichtig. Klimapolitisch waren es die Forderungen des EU-Umweltkommissars Stavros Dimas, dass die CO₂-Emissionen in Deutschland stärker gesenkt werden sollten sowie zwei prominente klimapolitische wissenschaftliche

Untersuchungen – der Report der von Nicholas Stern geleiteten Kommission an die britische Regierung und der neue Bericht des Intergovernmental on Climate Change (IPCC) –, die eine unerwartet breite Debatte auslösten.¹ Diese jüngeren Entwicklungen treffen hierzulande auf ein Feld, das von der westdeutschen und teilweise auch der ostdeutschen Umweltbewegung zusammen mit kritischer Wissenschaft und kritischen Intellektuellen bereitet wurde.

Was aus der jetzigen intensiven öffentlichen und politischen Diskussion auch wirklich an gesellschaftlichen und politischen Veränderungen folgt, muss abgewartet werden. Meine Einschätzung lautet, dass es in einigen Bereichen der Klimapolitik zu Effizienzmaßnahmen kommen wird und beispielsweise Stand-by-Funktionen bei elektronischen Geräten öfter abgeschaltet werden, aber ansonsten symbolische Politik dominieren wird. Die Zeitschrift *Stern*, die mit der Ausgabe am 15. März erstmals in ihrer Geschichte mit einem grünen statt roten Stern-Logo erschien, titelt: »So retten wir das Klima ... und haben trotzdem Spaß am Leben«. Es wird eine Effizienzrevolution gepriesen als Ausweg aus der misslichen Lage. Das Prinzip lautet weiterhin: »Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!«, d.h. das westliche und zunehmend globale Produktions- und Konsummodell wird genauso wenig hinterfragt wie die aktuell dominierenden neoliberalen und imperialen Entwicklungen. Billigflüge, Fleischkonsum und die alltäglichen Annehmlichkeiten elektronischer Geräte werden kaum infrage gestellt. Der Arbeitsplatzabbau bei Airbus

1 Vgl. IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change (2007): *Climate Change 2007: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*, Paris (Summary for Policymakers, www.ipcc.ch); Stern, Nicholas (2006): *Stern Review on the Economics of Climate Change*: www.hm-treasury.gov.uk/independent_reviews/stern_review_economics_climate_change/sternreview_index.cfm; ein aktueller kritischer Überblick von Achim Brunnengräber (2007): *Energiesicherheit First – Klimaschutz Second. Die Klima- und Energiepolitik der G8*. In: Melber, Henning/ Wilß, Cornelia (Hg.): *G8 Macht Politik. Wie die Welt beherrscht wird*. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel.

ist ein gutes Beispiel, wie getrennt die Diskussionen verlaufen: hier die umweltpolitische, dort die beschäftigungspolitische. Müsste nicht darüber diskutiert werden, ob und wie der Flugzeugkonzern mit seinem enormen Know-how ganz andere Flugschiffe herstellt, die nicht mit Kerosin betrieben werden? Oder ganz andere Produkte?

Energiepolitisch wird weiterhin im Zentrum stehen, wie »Energiesicherheit« gewährleistet werden kann in einer Situation wachsender Konkurrenz um knappe und teure Ressourcen. Die Diskussionen um Energiesicherheit scheinen weitgehend losgelöst von Umweltfragen. Hier und da erfolgt ein Verweis über den Zusammenhang von Klima und Energie, doch dass über den Bau von Pipelines langfristige Entwicklungspfade festgelegt werden, wird kaum thematisiert.

Und es sollte nicht vergessen werden, dass es neben den aktuell »großen« Themen Klima und Energie bzw. nicht erneuerbare Rohstoffe noch andere gibt, die eben nicht auf der Tagesordnung stehen: Die weiterhin dramatische Erosion der biologischen Vielfalt, die schnelle Ausbreitung gentechnisch veränderten Saatguts, die zunehmende Verwüstung und Abnahme von Feuchtgebieten, die Überfischung der Weltmeere und die Abholzung der Wälder, Wasserprobleme (die eng verbunden sind mit unnachhaltigen Formen der Landwirtschaft) oder Verstädterung.

In dieser Situation ist es für linke Politik wichtig, die herrschenden Entwicklungen zu analysieren und Vorschläge für die notwendigen grundlegenden Veränderungen zu machen. Hier liegt die ambivalente Chance: Es gibt ein tief verankertes Bewusstsein davon, dass es in Zeiten neoliberal-imperialen und die Natur zerstörenden Globalisierung tief greifender Transformationen bedarf – und es gibt wenig Ansatzpunkte, wie das konkret auszusehen hat. Ob diese Veränderungen ein »weiter so!« bedeuten, nämlich die ökonomische, militärische und politische Verteidigung des Wohlstandsmodells für einen Teil der Bevölkerung und die Entstehung einer am westlichen Lebensstil orientierten Mittelklasse im Globalen Süden² – vor allem in China und Indien – oder ob diese Transformationen im internationalistischen Sinne emanzipatorisch sind, das ist das Terrain, auf dem linkes Handeln sich beweisen

muss. Letztere orientiert sich an den Prinzipien von materiellem und sozialem Wohlstand, globaler Solidarität, Gleichheit, Freiheit, von Anerkennung, Gleichberechtigung, Integration und kultureller, politischer und ökonomischer Selbsttätigkeit, von produktiven Konfliktlösungen, Lernen und die praktische Kritik von ausgrenzenden Konventionen und klassenförmiger, geschlechtlicher und ethnisch begründeter Herrschaft.³ Dazu kommt das Prinzip eines anderen Umgangs mit außermenschlicher Natur als Ressource, als Medium und als Senke.⁴ Auch hier stellt sich die Frage der Gerechtigkeit innerhalb von Gesellschaften, im globalen Maßstab und im Verhältnis von Gesellschaft und ihren natürlichen Grundlagen.⁵

Soziale versus ökologische Frage?

Die verteilungspolitische Versöhnungsformel moderner kapitalistischer Gesellschaften ist das quantitative ökonomische Wachstum. Denn damit, das zeigt die aktuelle Entwicklung in Deutschland, wächst der Verteilungsspielraum von Staat und Tarifparteien. Die historischen Kämpfe der ArbeiterInnenbewegung haben dazu geführt, dass die wachstums-, wirtschafts- und verteilungspolitischen Dimensionen gesellschaftlicher Entwicklung stark politisiert sind. Andere Aspekte wurden dabei an den Rand gedrängt: Etwa jene nach Geschlechtergerechtigkeit, nach den Umweltbelastungen des Wachstums oder nach den internationalen (imperialen) Voraussetzungen, d.h. die Tatsache, dass Menschen in anderen Ländern zu schlechteren Bedingungen arbeiten und durch den internationalen Handel zum Reichtum in den wohlhabenden Ländern beitragen.

Die Linke hat historisch in Form der neuen sozialen Bewegungen und mit der Gründung der Partei »Die Grünen« in Westdeutschland und mit den Bürgerbewegungen in Ostdeutschland viel dazu beigetragen, dass Umweltthemen im Gegensatz zu anderen Ländern durchaus eine Rolle spielten und spielen. Die aktuelle Konjunktur des Umweltthemas wäre ohne diese öffentliche Sensibilisierung nicht denkbar. Es gibt durchaus Erfolge: Umweltpolitik ist Thema öffentlichen Bildungseinrichtungen, staatliche Politiken finden in eini-

2 Norman Myers und Jenniffer Kent schätzen die »transnationale Verbraucherklasse« der globalen oberen Mittel- und Oberschichten in den südlichen Ländern, die vor allem durch ihren Konsum von Fleisch, Autos und Elektrogeräten die Umwelt stark belasten, auf knapp zwei Milliarden Menschen, von denen 850 Millionen im Globalen Norden und 1,1 Milliarden als »neue KonsumentInnen« im Globalen Süden leben (vor allem in 17 südlichen Ländern sowie Russland, Polen und die Ukraine); in China etwa so viel wie in den USA. Damit sollen die absoluten Konsumniveaus nicht gleichgesetzt werden, aber eine wichtige Entwicklung wird damit angedeutet und stellt die häufig vorgenommene umweltpolitische Nord-Süd-Dichotomie infrage. Vgl. Norman Myers und Jenniffer Kent (2004): *The New Consumers. The Influence of Affluence on the Environment*. Washington: Island Press.

3 Vgl. Brie, Michael und Christoph Spehr (2006): *Was ist heute links? Kontrovers. Beiträge zur politischen Bildung*, 01/2006, hgg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und WISSENtransfer. Berlin.

4 Zum Begriff der Nachhaltigkeit vgl. etwa Joachim Spangenberg (2005): *Nachhaltigkeit – Konzept, Grundlagen, Herausforderungen, Anwendungen*. In: *UTOPIE kreativ*, H. 174, 327-341; Ulrich Schachtschneider (2007): *Soziale Nachhaltigkeit als konkrete Utopie?* In: *UTOPIE kreativ*, H. 196, 132-146.

5 Zum Zusammenhang von Ökologie und globaler Gerechtigkeit vgl. die faktenreiche und mit vielen Beispielen versehenen Studie des Wuppertal Instituts (2005): *Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit*. München: Beck. Vgl. auch den Kongress McPlanet – Klima der Gerechtigkeit, 4.-6. Mai 2007 in Berlin; www.mcplanet.com.

gen Bereichen statt, das Thema wird von den Medien immer wieder aufgegriffen, Unternehmen müssen sich mitunter für schlechtes umweltpolitisches Verhalten rechtfertigen. Umweltpolitisch hat sich das Leitbild der »ökologischen Modernisierung« durchgesetzt. Umweltpolitik findet durchaus statt, solange es die Grundfesten dieser Gesellschaft nicht erschüttert: Wachstum und Verteilung, Hyperkonsum, Wettbewerbsfähigkeit. Letztere sind nicht nur ein Projekt der herrschenden Klasse oder des Staates, sondern tief in die Orientierungen der Menschen eingelassen. Allerdings – und das macht die aktuelle Konstellation so überraschend – ist in den 1990er Jahren angesichts neoliberaler Politiken die »soziale Frage« zurückgekehrt und sozial-ökologische Themen wurden an den Rand gedrängt bzw. die Probleme teilweise durchaus effektiv bearbeitet.

Ein deutlicher Ausdruck für die abnehmende Bedeutung sozial-ökologischer Fragen sind die Politik der PDS und die Gründung der WASG. Für sie sind die Folgen des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses bzw. die negativen sozialen Auswirkungen der neoliberalen Politik zentral und das macht auch einen Großteil ihrer öffentlichen Wahrnehmung aus. »Umwelt« scheint wie ein Luxus aus den Zeiten des Wohlfahrtskapitalismus. Entsprechend wird weder Linkspartei.PDS noch WASG von der Bevölkerung umweltpolitische Kompetenz zugeschrieben. In der aktuellen Diskussion gelten Linkspartei und FDP »mit Null-Punkten sogar als klimapolitische Totalausfälle« (*Frankfurter Rundschau*, 6.3.2007) Die Gründung der Ökologischen Plattform bei der PDS im Juni 1994 hat daran nichts geändert (www.oekologische-plattform.de).

Problematische Einsatzpunkte

In diesem kurzen Papier kann das Thema nicht erschöpfend behandelt werden. Dennoch soll zunächst auf ein paar Aspekte hingewiesen werden, wie aus einer emanzipatorischen Perspektive Umwelt- und Energiefragen nicht behandelt werden sollten.

a) Es hilft dabei nicht weiter, den aktuell herrschenden Katastrophismus zu teilen. Denn die Tatsache, dass das Umweltthema derzeit so prominent ist und PolitikerInnen wie Medien zur radikalen Umkehr aufrufen, weil »wir sonst in der Katastrophe enden«, endet darin, dass sich nichts ändert. Es kommt zu Resignation und Zynismus oder allenfalls zu symbolischer Politik. Der Erziehungswissenschaftler und Gründer des Instituts für Sozial-ökologische Forschung (ISOE) in Frankfurt/M., Egon Becker, spricht diesbezüglich von einem »post-katastrophischen Bewusstsein«. Wenn – wie vor Tschernobyl 1986 – die Katastrophe angekündigt wird, sie aber nicht eintritt, dann wirkt das entpolitisierend. Irgendwie geht es eben doch weiter, ohne dass viel ver-

ändert werden muss. Das Publikum, dem die Katastrophe alltäglich gepredigt wird und das anders handeln soll, stumpft ab. Zumal die politischen und ökonomischen Referenzpunkte ja auch nicht anders handeln.

b) Die Partei der Grünen wurde jahrelang publizistisch und von anderen Parteien unter Druck gesetzt, indem sie als Verzicht- und Askeseartei gebranntmarkt wurde. Der Magdeburger Parteitagbeschluss von 1998, demzufolge innerhalb von zehn Jahren der Benzinpreis auf fünf D-Mark pro Liter steigen sollte, war dahingehend ein politischer Fehler, dass das vor allem die Menschen mit niedrigen Einkommen, die auf das Auto angewiesen sind, getroffen hätte. Und dennoch hatte die radikale Forderung auch Positives: Sie war eine scharfe Kritik an üblichen *muddling through* staatlicher Umweltpolitik. Die Grünen sind inzwischen dort angekommen, wo das Establishment die frühere Protestpartei haben wollte: Sie sind eine »moderne Partei«, die ihre früheren Ansprüche aufgegeben hat, ökologische und soziale Entwicklungen zusammen zu denken und in einen breiteren kapitalismuskritischen Kontext zu stellen. Dafür haben sie jede Kritik an sozialen Macht- und Herrschaftsverhältnissen aufgegeben. Bei den Grünen setzt sich ein Denken über »die grüne Hand des Marktes« durch, mit dem die wirtschaftsliberale Ausrichtung, Regierungsfähigkeit mit den Konservativen und »ökologische Kompetenz« verbunden werden sollen (*Neues Deutschland*, 17. April). Diese Erfahrung ist für linke Politik sehr ernst zuzunehmen, denn der Wunsch nach breiter Anerkennung, Regierungsbeteiligung und staatlicher Macht ist offenbar nicht nur gepflastert mit Kompromissen – die sind immer notwendig –, sondern mit der Gefahr, emanzipatorische und herrschaftskritische politische Positionen aufzugeben.

c) Eine weitere Gefahr liegt darin, »den« Süden oder – kaum präziser – »die« Chinesen und Inder und die dortige Herausbildung einer an globalen Konsumnormen orientierten Mittelschicht für die Umweltprobleme verantwortlich zu machen. Das lenkt nicht nur von den Lebensverhältnissen in den nordwestlichen Ländern, sondern auch von den strukturellen Bedingungen ab – einem auf Profit und Wachstum getrimmten globalen Produktions- und Konsummodell, das eben für viele Menschen attraktiv oder zumindest alternativlos scheint –, die es zu verändern gilt.

d) Die herrschende umweltpolitische Orientierung ist – allen Ansätzen internationaler Umweltpolitik zum Trotz – am Nationalstaat und am Paradigma der ökologischen Modernisierung ausgerichtet. Hier sollen Innovationen entstehen und Umweltpolitik soll Teil von Wettbewerbspolitik werden.⁶ Innovationen sind zweifellos wichtig, wenn sie aber zu sehr an die herrschen-

6 Vgl. paradigmatisch für diese Position Martin Jänicke (2003): Die Rolle des Nationalstaats in der globalen Umweltpolitik. Zehn Thesen. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B27, 6-11.

de Wettbewerbsorientierung geknüpft werden, dann bestätigen sie eher die bestehenden Machtverhältnisse und hinterfragen kaum, wie die gegenwärtigen Probleme verursacht wurden und wie sie grundlegend angegangen werden können.

Gerechte Nachhaltigkeit: Streiten für emanzipatorische Veränderungen

Politik wird auch über Begriffe gemacht. Sie legen Korridore der Problemwahrnehmung und damit möglicher Problemlösungen fest. Dies gilt insbesondere für den Begriff der Nachhaltigkeit bzw. der nachhaltigen Entwicklung, der heute seinen emanzipatorischen Gehalt verloren hat. Er war zwar nie ein linker Begriff, doch über ihn wurde zu Beginn der 1990er Jahre – nach dem Ende der weltpolitisch alles überlagernden Ost-West-Konfrontation – vor allem das Problem der Nord-Süd und der intergenerationellen Gerechtigkeit aufgeworfen. Obwohl er damit bis heute wichtige Prinzipien verkörpert, wurde er mehr und mehr stumpf. Er hat seine kritische Ausrichtung verloren und wurde zur wohlmeinenden Modernisierungsformel. Das hat damit zu tun, dass der Begriff und die damit verbundenen Politiken eine bestimmte Richtung nahmen.

Probleme des Nachhaltigkeitsbegriffs

Denn unter nachhaltiger Entwicklung wird *erstens* heute immer stärker Umweltpolitik verstanden und die Frage von Entwicklung und globaler Gerechtigkeit an den Rand gedrängt.⁷ Es wird selten thematisiert, dass eine ernsthafte Politik der Nachhaltigkeit zuvorderst bedeutet, die nord-westlich geprägten Produktions- und Konsummuster zu verändern, die ja auch für viele Menschen im Süden weiterhin attraktiv sind. *Zweitens* wird weder der an privatwirtschaftlichen Gewinnkalkülen organisierte neoliberale (Welt-)Markt infrage gestellt noch die zunehmende Militarisierung der Welt kritisiert. Der Markt wird vielmehr als gegeben angenommen. Staatlicher bzw. zwischenstaatlicher Politik kommt allenfalls die Aufgabe zu, gegen die negativen Auswirkungen und Krisen vorzugehen. Dass Markt immer auch etwas mit *Marktmacht* zu tun hat und Nachhaltigkeit in vielen Bereichen gegen privatwirtschaft-

liche Marktinteressen durchgesetzt werden muss, bleibt unberücksichtigt. Hinsichtlich der wachsenden Rolle militärischer Gewalt war beeindruckend, dass bei der Rio-Konferenz 1992 der ein Jahr vorher stattgefundene Golfkrieg kein Thema war und beim »Rio+10«-Gipfel in Johannesburg im Juni 2002 auch nicht der Afghanistan-Krieg und der beginnende »Kampf gegen den Terrorismus«. *Drittens* dominieren Vorstellungen eines globalen Managements von oben, d.h. vor allem aufgeklärte Eliten sollen es mit westlich-wissenschaftlicher Expertise richten und die Menschen von Umsteuern überzeugen.⁸ Die vielfältigen Erfahrungen anderer Akteure und Regionen bleiben tendenziell außen vor. Bei diesem *top down*-Verständnis wird *viertens* übersehen, dass die Institutionen der Nachhaltigkeit – wie etwa die Klimarahmenkonvention oder die Konvention über die biologische Vielfalt – mehr und mehr den neoliberalen Politikvorstellungen von mehr Markt und der Alternativlosigkeit der bestehenden internationalen Machtverhältnisse unterworfen wurden.

Schließlich betrifft das herrschende Nachhaltigkeitsverständnis einen neben der Gerechtigkeit zweiten zentralen Begriff linker Politik, nämlich den der Demokratie. Die Denk- und Politikhaltung einer globalen Nachhaltigkeitspolitik, wie sie etwa in Rio konzipiert und seitdem praktiziert wurde, delegitimierte von Beginn an andere Ansätze, welche die Frage der Demokratie – wenn auch notwendig unscharf – stellten, also die Frage nach der Gestaltung gesellschaftlicher (Natur-)Verhältnisse, die zu mehr Gerechtigkeit und zu einem Abbau von Herrschaft führt. Grundsätzliche Kritik am globalen Kapitalismus und der Verweis auf gar nicht nachhaltige Interessen von Konzernen und Wirtschaftsministerien wurden mit dem Argument abgebu- gelt, es sei keine Zeit für so etwas. Der Sieg der Technokraten in Rio trug, trotz aller Verweise auf die Bedeutung demokratischer Prozesse, zur Entpolitisierung des gesamten Prozesses bei. Die ständigen Verweise darauf, wie komplex alles sei, führte zu paternalistischen Vorgaben, wie eine »nachhaltige Welt« am besten auszusehen habe. Konkrete Lern- und Erfahrungsprozesse sowie produktive Konflikte, das Elixier von Demokratie, sowie alternative Praxen hatten es schwer.⁹

7 In der kritischen Diskussion wurde das immer zusammen gedacht. Herausragender Vertreter in Deutschland ist Elmar Altvater; vgl. von ihm: Die Zukunft des Marktes (1992); Der Preis des Wohlstands (1993); Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen (2005). Münster sowie Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (1996/2007): Grenzen der Globalisierung. Münster, 7. Auflage. Eine innovativste kritische Theorien der ökologischen Krise wurde vorgelegt von Christoph Görg (2003): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise. Münster (alle Westfälisches Dampfboot).

8 Vgl. Christoph Görg und Ulrich Brand (2002): Mythen globalen Umweltmanagements. Rio+10 und die Sackgassen »nachhaltiger Entwicklung«. Münster: Westfälisches Dampfboot mit Studien zu Erfahrungen nachhaltiger Entwicklung in der internationalen Politik und in südlichen Ländern.

9 Wichtige kritische Beiträge zur Nachhaltigkeitsdebatte waren Mitte der 1990er Jahre von Helga Eblinghaus und Armin Stickler, Armin (1996): Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development. Frankfurt/M.: Brandes & Apsel; Christoph Spehr und Armin Stickler (1997): Morphing Zone. Nachhaltigkeit und postmodernes Ordnungsdenken. In: Foitzik, Andreas und Marvakis, Athanasios (Hg.), Tarzan – was nun? Internationale Solidarität im Dschungel der Widersprüche. Hamburg: Assoziation A; eine jüngere Auseinandersetzung durch Claudia von Braunmühl und Uta von Winterfeld (2003): Global Governance.

Interessanterweise nehmen die globalen sozialen Bewegungen in ihrer großen Mehrheit den Nachhaltigkeitsbegriff kaum für sich als Orientierungspunkt in Anspruch. Leitbilder sind dennoch wichtig, weil sie tief verankerte Vorstellungen aufbrechen können. Etwa jene, dass Wohlstand zuvorderst materieller Wohlstand und der Neuwagen alle fünf Jahre eine Art Menschenrecht seien. So sind beispielsweise Orientierungen an »ressourcen-leichten Wohlstandsstilen« enorm wichtig für die praktische Kritik an herrschenden Entwicklungen und Vorstellungen.¹⁰

Linke Politik für gerechte Nachhaltigkeit versucht aber nicht nur die tief verankerten Wertvorstellungen zu verändern, sondern legt sich auch mit mächtigen Akteuren an. Die private und damit exklusive Verfügung über Eigentum und damit über Investitionen, Forschung & Entwicklung ist Bestandteil nicht-nachhaltiger gesellschaftlicher Verhältnisse. Viele staatliche Politiken von der lokalen bis zur internationalen Ebene sind es auch. Insofern sind viele aktuelle Auseinandersetzungen um Privatisierungen – etwa der kommunalen Wasserversorgung oder der Deutschen Bahn – auch solche um konkrete Umwelt- und Gerechtigkeitspolitik.¹¹

Wenn für die Linke die Frage der innergesellschaftlichen und globalen Gerechtigkeit zentral ist, dann könnte sie den Begriff der »gerechten Nachhaltigkeit« prägen und propagieren. Damit können blinde Stellen der dominanten Nachhaltigkeitsverständnisse kritisiert werden: Die unterschätzten Fragen von Gerechtigkeit, die Ausblendung der neoliberalen Politiken, der Kriege und zunehmenden Militarisierung der Ressourcenaneignung, der gar nicht nachhaltigen Formen real existierender Global Governance in Form der WTO, Weltbank, NATO oder der US-Regierung und der EU.

Im Folgenden sollen einige Orientierungspunkte benannt werden, die der Diskussion und Konkretisierung bedürfen.

Positive Erfahrungen und Einsichten der wissenschaftlichen Diskussion

Links-grüne Politik kann auf viele konstruktive Vorschläge wie etwa zur Kreislaufwirtschaft, Energie-, Verkehrs- oder Agrarwende zurückgreifen und existierende positive Ansätze höherer Ressourcenproduktivität, anderer Formen der Landwirtschaft, Mobilität, Stadtentwicklung, des internationalen Handels etc. stärken.

Eine begriffliche Erkundung im Spannungsfeld von Nachhaltigkeit, Globalisierung und Demokratie. Wuppertal Paper 135, Institut für Klima, Umwelt, Energie.

10 Vgl. Wuppertal Institut (2005): Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit. München: Beck, 4.-6. Kapitel; zu alternativen Energiemodellen etwa Hermann Scheer (2005): Energieautonomie. Eine neue Politik für erneuerbare Energien. München: Kunstmann.

11 Jüngst äußerte der Deutsche Städte- und Gemeindebund die Notwendigkeit einer Re-Kommunalisierung privatisierter Betriebe (*Chemnitzer Freie Presse*, 16.4.2007).

Diese sind oft ergänzend oder eine Nische zu den herrschenden Entwicklungen, können sich aber mit zunehmender gesellschaftlicher Bedeutung zum attraktiven Gegenmodell entwickeln.

Eine der wichtigsten Einsichten der wissenschaftlichen Umweltdiskussion der letzten Jahre besteht darin, dass Umweltprobleme nicht sektoral verstanden und angegangen werden können. Dafür sind sie zu komplex und die Rückwirkungen auf andere Sektoren müssen berücksichtigt werden. Insofern ist die aufgeregte Klimadiskussion – so wichtig das Thema ist – ein Rückschritt hinter gewonnene Erkenntnisse. Das prominente *Millennium Ecosystem Assessment*, das auf dem »Millennium-Gipfel« der UNO im Jahr 2000 in Auftrag gegeben wurde und an dem 1360 WissenschaftlerInnen aus 95 Ländern mitarbeiteten, zeigt eindrucksvoll, wie stark verflochten einzelne Politikfelder sind.¹² Das soll nicht zu politischer Inaktivität führen, aber gegen Simplifizierungen. Übrigens wissen soziale Bewegungen und kritische NGOs in der Regel sehr genau, wie komplex die Umweltprobleme sind und berücksichtigen sie in ihren Strategien und Vorschlägen.

Linke Politik sollte dementsprechend auf kritische wissenschaftliche Einsichten zurückgreifen: Kritisch gegen die bestehenden soziale Herrschaftsverhältnisse, die allzu oft von den Wissenschaften legitimiert werden; kritisch gegen Umweltdiskurse, die allzu leicht in Katastrophismus und Resignation oder in allzu hoffnungsvollen Zukunftsträumen enden.

Kritik an Wachstum, Eigentum und ungleichem Zugang

Ein wichtiges Merkmal linker Politik besteht darin, einerseits Wachstum und Umwelt nicht gegeneinander auszuspielen, aber andererseits Wachstum nicht nur als quantitatives oder qualitatives zu verstehen. In den konkreten Formen des Wachstums sind Herrschaftsverhältnisse angelegt, die aus emanzipatorischer Perspektive aufgedeckt und angegangen werden müssen. Unter kapitalistischen Bedingungen sind alle auf Gedeih und Verderb der Wachstumsmaschinerie ausgeliefert – nur manche haben eben mehr davon als andere. Daher sind Verteilungsfragen hochgradig politisiert. Aus emanzipatorischer sozial-ökologischer Perspektive werden die konkreten Formen – Weltmarktkonkurrenz und privatkapitalistische Aneignung gesellschaftlicher Produktion – und Inhalte – ressourcenintensive Produktion und Konsumtion, vielfach entfremdete Lohnarbeit – von Wachstum infrage gestellt. Zudem geht es darum, ein Grundprinzip des globalen Kapitalismus, das im Globalisierungsprozess enorm aufgewertet wurde, zurückzudrängen: Das der ökonomischen und politischen

12 Millennium Ecosystem Assessment Synthesis Report (2005). Washington, DC: Island Press.

Konkurrenz. Zwar haben die neue internationale Arbeitsteilung und die damit einhergehende verschärfte Konkurrenz zu Produktivitäts- und Wohlstandsgewinnen geführt, aber eben um den Preis immer rücksichtsloser Naturausbeutung.

Ein Bestandteil grün-linker Politik bleibt die Frage nach und Infragestellung von sozialen Herrschaftsverhältnissen sowie die nach Verteilung und Gerechtigkeit. Das ist gerade bei sozial-ökologischen Politiken wichtig, weil der *Zugang* zu natürlichen Ressourcen, zu Produktions- und Konsumgütern oder zu umweltrelevantem Wissen wichtig ist. Eine Frage von Verteilung und Gerechtigkeit ist auch jene nach den Umweltbelastungen, d.h. den Möglichkeiten, negative Umwelteffekte wie schmutzige Luft oder verödete Landschaften zu externalisieren. Wer wohnt in der Nähe der Fabrik-schlote oder in der Einflugschneide des Flughafens? In den USA hat sich vor diesem Hintergrund eine starke Bewegung für Umweltgerechtigkeit (*environmental justice*) gebildet, die dagegen kämpft, dass in den Städten vor allem die ärmere schwarze Bevölkerung stärker von Umweltbelastungen betroffen ist. Umweltprobleme betreffen also nicht »die« Menschheit, sondern sind verbunden mit Machtfragen. Sie entscheiden über gutes Leben heute und in Zukunft, über Gerechtigkeit innerhalb von Gesellschaften und international, zwischen den Klassen und den Geschlechtern.¹³

Das unterscheidet eine progressive linke Position von den Modernisierungsvorstellungen der Grünen, die sozial-ökologische Fragen nicht mehr aus einer kapitalismuskritischen Perspektive und in Verbindung mit sozialen Macht- und Herrschaftsverhältnissen stellen.

Lernprozesse, Konflikte und Demokratie

Machen wir uns nichts vor. Die Bedingungen für einen tief greifenden sozial-ökologischen Wandel sind auch deshalb nicht sehr gut, weil viele Menschen an den gegenwärtigen un-nachhaltigen Verhältnissen teilhaben wollen: Dicke Autos, tolle Reisen, billige Konsumgüter made in China. In der umwelt- und ressourcenpolitischen Diskussion gibt es kein einfaches Oben und Unten. Gerade die Menschen in den wohlhabenden Ländern sind ja auf durchaus vorteilhafte Weise in die internationale Umwelt- und Ressourcenordnung eingebunden. Insofern geht es umwelt- und ressourcenpolitisch darum, Produktions- und Konsumnormen zu verändern. Diese werden durchaus machtvoll von Unternehmen gesetzt, entsprechen aber vielfach auch den direkten Bedürfnissen großer Teile der Bevölkerung

oder werden als alternativlos angesehen. Dieser Veränderungsprozess ist nicht nur ein staatlich-politischer auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene, etwa über die Veränderung von Regeln für Unternehmen und KonsumentInnen. So wichtig das ist, so sehr geht es um grundlegende kulturelle Umorientierungen (was bedeutet Wohlstand?). Die Aufgabe besteht darin, attraktive Vorstellungen eines »guten Lebens« zu schaffen, wobei dieses Leben eben nicht zuvorderst aus dem Glück des Konsums besteht.

Tiefgreifende Transformationen in Richtung Nachhaltigkeit bedeuten Kooperation, Überzeugungskraft und Lernprozesse, aber auch Konflikte, in denen emanzipatorische Interessen und Wertvorstellungen zur Geltung gebracht werden müssen. Genau dies ist an jenen Orten sichtbar wie dem Europäischen oder dem Weltsozialforum, an denen Akteure zusammenkommen, die für eine andere Welt streiten. Links-grüne Politik versucht in Konflikten jene Ansätze zu stärken, die für eine emanzipatorische Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse einstehen. Das ist nicht immer einfach, denn konkrete gewerkschaftliche und sozial-ökologische Interessen können sich durchaus widersprechen und müssen sich in Lernprozessen aufeinander zu bewegen.

Damit stellt sich wiederum die Frage der Demokratie. Wer bestimmt über Produktion und Investition, wer verfügt über die entsprechenden Mittel und den Zugang zu Wissen? Um einen wichtigen Bereich zu nennen: Die unter dem hohen Konkurrenz- und Profitdruck der Unternehmen stattfindende Technologieentwicklung muss wieder zum Gegenstand demokratischer Diskussionen und Entscheidungen gemacht werden. Denn die Gentechnologie oder zukünftig verstärkt die Nanotechnologie bestimmt nicht nur die Produktion, sondern auch den Alltag von Menschen und die Verhältnisse der Gesellschaft zu ihren natürlichen Bedingungen. Hier müssen ganz neue Formen demokratischer Politik, d.h. der demokratischen Steuerung der (Welt-)Gesellschaft erfunden werden.

Klimapolitik von links besetzen

Die aktuelle politische Konstellation ist, wie eingangs gesagt, stark vom Klimawandel und der Diskussion um angemessene Klimapolitiken geprägt. Dabei handelt es sich in der Tat um ein zentrales Problem, denn die genannten jüngsten Studien weisen nachdrücklich darauf hin, dass es schon in den nächsten Jahren ökologische »Kippunkte« geben kann, bei denen in bestimmten Regionen sich das Klima dramatisch verändert. Zudem ist rasches politisches und ökonomisches Handeln notwendig, weil durch anstehende enorme Investitionen in Infrastruktur- und Energiesysteme Pfade für zukünftige Entwicklungen festgelegt werden. Abzuwehren sind aber

¹³ Vgl. den jüngeren Überblick von Bradley C. Parks und J. Timmons Roberts (2006): *Environmental and ecological justice*. In: Michele M. Betsill, Kathryn Hochstetler und Dimitris Stevis (Hg.), 2006: *International environmental politics*. Houndmills/New York: Palgrave, 329-360.

auch Begehrlichkeiten der Atomwirtschaft, die in der aktuellen Diskussion verlängerte Laufzeiten erreichen möchte, was das Einfallstor für den mittelfristigen Neubau von Atomkraftwerken sein könnte.

Eine linke, d.h. herrschaftskritische und emanzipatorische Thematisierung des Klimawandels und entsprechende Politiken sind daher von Bedeutung. Es handelt sich um ein zentrales Feld, auf den linke Politik glaubwürdig sein muss – und sich von den technokratischen Modernisierungsvorstellungen unterscheiden muss.

Die aktuellen klimapolitischen Debatten sind auch deshalb wichtig, weil sich darin zeigt, dass in bestimmten Konflikten sich die unterschiedlichen Entwicklungsvorstellungen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen gleichsam verdichten. Hier kommen die verschiedenen Vorschläge auf den Tisch, wie Gesellschaft gestaltet werden soll. Das war historisch der Fall – etwa die Frage der Arbeitszeitverkürzung und des Gesundheitsschutzes, die Stellung zu imperialistischen Kriegen, das Verhältnis zum Sozialstaat und anderem. Klimapolitik ist also weit mehr als »nur« der effektive Umgang mit dem von Menschen verursachten Treibhauseffekt. Es ist ein Terrain, auf dem in einem viel umfassenderen Sinne um die Zukunft der (Welt-)Gesellschaft gestritten wird. Die US-Regierung mit ihrer Ablehnung des Kyoto-Protokolls und der prioritären Sicherung der Energiequellen als Bestandteil »nationaler Sicherheit« hat eben auch in anderen Bereichen sehr grundlegend unterschiedliche Vorstellungen von progressiven Politiken.

Es müsste linker Politik daher gelingen, das Klimaproblem vielfach zu verknüpfen: Mit Fragen der (nicht-)demokratischen Gestaltung der Gesellschaft, der Verfügung über Eigentum, neben den ressourcenintensiven Industrien auch im Verhältnis zu Finanzmärkten und deren Rolle beim Raubbau an Natur, mit Diskussionen über ein gutes Leben, über Gerechtigkeit und andere Nord-Süd-Verhältnisse, mit der Frage von Krieg und Frieden, denn viele Kriege werden um Ressourcen und die Aufrechterhaltung der bestehenden weltweiten Ressourcen- und Energieordnung geführt.

Klimafragen, das müsste die Perspektive sein, sind Macht- und Herrschaftsfragen. Wie gesagt, sind sie dieses nicht im Sinne eines einfachen Oben und Unten (die meisten Menschen in dieser Gesellschaft akzeptieren passiv oder gar aktiv das gegenwärtige globale Ressourcen- und Energieregime). Beim Treibhauseffekt handelt es sich aber nicht nur um einen Kollateralschaden von Wirtschaftswachstum und Wohlstand, sondern um bewusste Strategien und gesellschaftlich tief verankerte Wahrnehmungen des Umgangs mit Natur, welche diese zuvorderst als ausbeutbare Ressource ansehen. Es geht auch hier um die Frage, wer gesellschaftliche Werte herstellt, wer sie aneignet und wem sie enteignet werden.

Die Linke müsste darauf drängen, dass es nicht bei symbolischer Politik und moralischen Appellen bleibt, dass

nicht die Frage der »Energiesicherheit« für die reichen Teile der Welt bald wieder die Agenda bestimmt, dass Klimapolitik mit einer umfassenden Gesellschaftspolitik verbunden wird, welche nicht nur auf das »eigene« Land schielt, sondern internationalistisch ist. Hier müssten aber auch innerhalb der Linken Diskussionen geführt und entsprechende Strategien entwickelt werden, denn die naturblinde Wachstumsgläubigkeit ist auch hier weit verbreitet.

Dann hätte die Linke einiges zu gewinnen. Denn dieser Platz ist in der Klimadiskussion unbesetzt.

Staat und progressive Parteien

Lokale und nationale Regierungen – oder als Ausnahme übernationale Regierungen wie die EU-Kommission – sind in einem mehr oder weniger funktionierenden politischen System »ihrer« Basis verbunden bzw. verantwortlich, d.h. den BewohnerInnen des von ihnen regierten Territoriums. Dieser Anspruch wird sehr unterschiedlich eingelöst, aber eine zentrale Bedingung politischen Handelns besteht darin, dass dieses Handeln zuvorderst in fragmentierten Räumen (vor allem nationalen Gesellschaften) stattfindet. Trotz aller internationalen Kooperationen konkurrieren diese Gesellschaften einerseits politisch und ökonomisch um Wohlstand und »Umweltvorteile« und wollen andererseits negative Umwelteffekte möglichst externalisieren. Das sieht im Konkreten sehr unterschiedlich aus, gilt es aber in den Diskussionen und bei der Entwicklung von Strategien zu berücksichtigen. Unter diesen Bedingungen agiert auch eine Partei, die regiert oder regieren möchte. Hier in den nationalen Gesellschaften muss sie sich legitimieren und zu Wahlen stellen, muss Vorschläge machen und andere kritisieren. Auf der nationalstaatlichen Ebene verdichten sich auch ganz zentral gesellschaftliche Machtverhältnisse, die nicht einfach durch die Beteiligung an Regierungen aufgelöst werden. Insofern sollten wir uns keine Illusionen machen hinsichtlich des Beitrags von progressiver Staats- und Parteienpolitik. Dennoch gibt es einige Handlungsspielräume. Wissenschafts- und bildungspolitisch sollten beispielsweise die Entwicklung kritischen umwelt- und ressourcenpolitischen Wissens und seiner Vermittlung gefördert werden. Technologische und gesellschaftliche Innovationen und Lernprozesse sind natürlich wichtig, auch wenn sie nicht an die »Wurzeln« gehen. Sie können aber das Feld für weitergehende sozial-ökologische Transformationen bereiten. In den einzelnen Politikfeldern können unzählige positive Vorschläge und Erfahrungen genannt werden.

Daher besteht eine wichtige Aufgabe progressiver Politik darin, alternative Ansätze und Erfahrungen zur Kenntnis zu nehmen und zu stützen. Beispielsweise sollten die öko-feministische Kritik stärker rezipiert werden, das Konzept der Sozialen Ökologie oder die

interessanten Ansätze der *Third World Political Ecology*.¹⁴ Und natürlich gibt es unzählige ganz praktische Erfahrungen eines anderen und emanzipatorischen Umgangs zwischen Menschen und zwischen Gesellschaft und ihren natürlichen Lebensgrundlagen wie etwa die Ansätze solidarischer Ökonomie.¹⁵

Inhaltlich ist zentral, dass gegen die unbedachte Privatisierung der natürlichen Lebensgrundlagen agiert werden muss. In den letzten zwanzig Jahren ist über die Kritik am angeblichen ineffizienten Staat und durch ein Bild vom angeblich effizienten Markt ein Denk- und Handlungsmuster gestärkt worden, das bei »Problemen« tendenziell den Markt als Problemlöser privilegiert. Verstärkt wird das durch die Finanzprobleme des Staates. Doch was vom Markt gesteuert wird, das muss sich rechnen. Damit wird in vielen Fällen eine Dynamik in Gang gesetzt, Natur zu einer Ware zu machen. Der Zugang zu natürlichen Lebensmitteln wird über den Markt und damit über Kaufkraft geregelt und ist nicht mehr ein fundamentales, von der Gesellschaft zu sicherndes Recht.

Es gibt genug Beispiele, die zeigen, dass der privatwirtschaftliche Profit als Handlungsmotiv nicht zu sozial-ökologischen Verbesserungen führt. Eine wichtige Aufgabe besteht also darin, vorschnellen Privatisierungen Einhalt zu gebieten und sich der langfristigen Folgen zu vergewissern. Ein ganz heißes Thema der kommenden Jahre wird die Privatisierung der Wasserversorgung werden, zu der es in vielen Ländern negative Erfahrungen gibt.

Der Beitrag nationalstaatlicher Politik zu internationaler Nachhaltigkeitspolitik besteht vor allem darin, die vielen Probleme stärker zu einer »innenpolitischen« Angelegenheit zu machen. So wichtig internationale Kooperation und Institutionen sind, so sehr müssen Veränderungen innerhalb der eigenen Gesellschaft und mehr noch »vor Ort« vorangetrieben werden – um dann auch auf internationale Institutionen zu wirken. Hier wirken die nicht-nachhaltigen mächtigen Interessen und Alltagsorientierungen. Viele Forschungen zu internationaler Umweltpolitik haben ergeben, dass internationale Kooperation wichtig ist, entscheidend aber die Umsetzung auf nationalstaatlicher Ebene. Die »Globalisierung« ist allzu oft eine Ausrede. Regierung, ParlamentarierInnen, Parteien oder Menschen in staatlichen Apparaten haben durchaus Handlungsspielräume.

14 Vgl. etwa Carolyn Merchant (1987): *Der Tod der Natur: Ökologie, Frauen und neuzeitliche Naturwissenschaft*, München: Beck; Maria Mies und Vandana Shiva (1995): *Ökofeminismus, Beiträge zur Praxis und Theorie*, Zürich: Rotpunktverlag; Christine Katz, Christa Müller und Uta von Winterfeld (2004): *Globalisierung und Nachhaltigkeit*. Wuppertal Paper 143, Institut für Klima, Umwelt, Energie; Raymond Bryant und Sinéad Bailey (1997): *Third World Political Ecology*. London; New York: Routledge; Egon Becker und Thomas Jahn (Hg., 2006): *Soziale Ökologie*. Frankfurt/M.: Campus.
15 Elmar Altvater und Nicola Sekler (Hg., 2006): *Solidarische Ökonomie*. Hamburg: VSA; Sven Giegold und Dagmar Embshoff (Hg., 2007): *Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus*. Hamburg: VSA, Judith Dellheim (2006): *Sechs Thesen zur Diskussion über Solidarische Ökonomie*. Manuskript.

Insbesondere in südlichen Ländern bestehen enorm viele Ansätze hin zu mehr Nachhaltigkeit. Sie werden in der Regel ignoriert. Eine Aufgabe von staatlich-politischen Kräften, denen es mit weltweiter Nachhaltigkeit ernst ist, liegt darin, diese Ansätze zur Kenntnis zu nehmen und bekannt zu machen. Die Kämpfe gegen die Privatisierung der Wasserversorgung in der bolivianischen Stadt Cochabamba, in denen sich eine breite Volksbewegung gegen eine anfangsübermächtig erscheinende Verquickung von nationaler und lokaler Politik sowie einem internationalen Wasserunternehmen durchsetzte, ist bis heute ein ikonisches Beispiel.

Der Staat kann hier wiederum orientierend wirken und mit konkreten Politiken Veränderungen anregen oder flankieren. Allerdings ist das »radikale Potenzial« – radikal im Sinne von an die Wurzeln gehend – des Staates begrenzt. Diese Aufgabe kann nur angegangen werden, wenn der Staat jenen Kräften Gehör verschafft und sie stärkt, die diese Fragen überhaupt stellen und sich auf den Weg machen, Alternativen zu den bestehenden Produktions- und Konsummustern zu schaffen. Dazu zählen an Nachhaltigkeit orientierte Unternehmen und ihre Verbände, soziale Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen, die sich für nachhaltige Entwicklung einsetzen, aber auch kirchliche Organisationen, kritische Spektren innerhalb der Gewerkschaften. Dies geschieht gegen mächtige Lobbygruppen und muss daher auch strategisch klug angegangen werden. Der Staat mit seinen vielen und durchaus widerstreitenden Apparaten bleibt aber wichtig, wenn es um eine auf die gesamte Gesellschaft bezogene Politik geht.

Parteien und insbesondere ihre prominenten Personen wirken dahingehend, dass sie in den öffentlichen Diskursen orientierend wirken. Die Linkspartei steht für Orientierungen hin zu den wichtigen Verteilungsfragen. Sie hat jedoch wenig umwelt- und ressourcenpolitische Kompetenz und schon gar keine öffentliche Glaubwürdigkeit in dieser Frage. Diese müssen entwickelt werden – auch als Lernprozess innerhalb der Partei. Dort und in ihrem Umfeld werden von den maßgeblichen Personen klassische Wachstums- und Beschäftigungsfragen als wichtiger eingestuft. Sozial-ökologische Fragen können aber nicht weiter in die Zukunft und in andere Teile der Welt abgeschoben werden, sondern müssen integraler Bestandteil einer demokratischen und gerechten Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse werden.

Hier sind die sozialen Bewegungen und kritische Intellektuelle überaus konstruktiv und emanzipatorische Parteien wie die Linkspartei sollten hier in einen verstärkten produktiven Austausch treten.

Ulrich Brand – Jg. 1967; Priv.-Doz. Dr. phil., seit 2001 wissenschaftlicher Assistent an der Universität Kassel, Fachgebiet »Globalisierung & Politik«.